



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ

4.205/47-I 1/91

GZ

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrats

W i e n

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl. 86	-GE/19-91
Datum: 25. NOV. 1991	
Verteilt 25.11.91 Kendoris	

Museumstraße 7
A-1070 Wien

Briefanschrift
A-1016 Wien, Postfach 63

Telefon
0222/52 1 52-0*

Telefax
0222/52 1 52/727

Fernschreiber
131264 jusmi a

Teletex
3222548 = bmjust

Sachbearbeiter

Klappe

(DW)

in Sammlung

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird.
Begutachtungsverfahren.

Mit Beziehung auf die Entschliebung des Nationalrates vom 26. Juli 1981 beehrt sich das Bundesministerium für Justiz, 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem im Gegenstand genannten Gesetzesentwurf zur gefälligen Kenntnisnahme zu übermitteln.

13. November 1991

Für den Bundesminister:

STORMANN

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ

4.205/47-I 1/91

GZ

An das
Bundesministerium für Umwelt,
Jugend und Familie

W i e n

Museumstraße 7
A-1070 Wien

Briefanschrift
A-1016 Wien, Postfach 63

Telefon
0222/52 1 52-0*

Telefax
0222/52 1 52/727

Fernschreiber
131264 jusmi a

Teletex
3222548 = bmjust

Sachbearbeiter

Klappe

(DW)

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert
wird; Begutachtungsverfahren.

Bezug: GZ 23 0102/57-III/3/91

Mit Beziehung auf das Schreiben vom 4. Oktober 1991
beehrt sich das Bundesministerium für Justiz, zu dem im
Gegenstand genannten Gesetzesentwurf wie folgt Stellung zu
nehmen:

Die vorgeschlagenen Änderungen, insbesondere die Dyna-
misierung der Familienbeihilfe, werden begrüßt.

Über die Vorschläge des zur allgemeinen Begutachtung
versandten Entwurfes hinaus, beehrt sich das Bundes-
ministerium für Justiz folgendes anzuregen:

Die Erziehung von Kindern - vor allem in jungen
Jahren - durch einen Elternteil ist für die Entwicklung
des Kindes meist günstiger als andere Formen der
Betreuung. Allerdings hat die Betreuung von Kindern durch
einen Elternteil für diesen den Nachteil, daß für die

- 2 -

Altersversorgung wichtige Versicherungszeiten in der Pensionsversicherung nicht erworben werden können. Betreut der betreffende Elternteil mehrere Kinder durch Jahre hindurch, so findet er seine Mühen, die er teilweise doch auch im Interesse der Allgemeinheit geleistet hat, nicht belohnt, sondern hat geringe oder überhaupt keine Pensionsansprüche zu gewärtigen. Im Hinblick darauf, daß Ehen gegenwärtig häufiger kinderlos bleiben oder gar aufgelöst werden als in der Vergangenheit, kann der Erwerb einer Hinterbliebenenpension nicht mehr so wie früher auch als angemessene Abgeltung der Allgemeinheit für die Betreuung und Erziehung der Kinder durch einen Elternteil angesehen werden.

Als Abgeltung der der Allgemeinheit erwachsenden Vorteile durch Einsparung von Kosten im Bereich der Betreuung von Kindern und durch die verbesserte Erziehungsqualität im Fall der Betreuung durch einen Elternteil scheint es gerechtfertigt, einem Elternteil, der selbst die Betreuung und Erziehung seiner Kinder besorgt, beim Erwerb von eigenen Versicherungszeiten in der Pensionsversicherung behilflich zu sein. Auch hiebei handelt es sich um die Förderung von Familien.

Das Bundesministerium für Justiz ersucht daher - allenfalls auch längerfristig - zu prüfen, ob über das geltende Pensionsversicherungsrecht hinaus die Möglichkeit besteht, aus Mitteln des Familienlastenausgleichsfonds Zuschüsse für eine gesetzliche Pensionsversicherung eines Elternteils zu gewähren, der die Betreuung und Erziehung jüngerer Kinder selbst besorgt. Unter jüngeren Kindern kämen solche bis zum 10. Lebensjahr, allenfalls auch bloß vorschulpflichtige Kinder in Betracht, wobei die altersmäßigen Voraussetzungen bei Betreuung mehrerer Kinder weiter gezogen werden könnten.

- 3 -

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter
einem dem Präsidenten des Nationalrats übermittelt.

13. November 1991

Für den Bundesminister:

STORMANN

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

